

90. Jahrestagung der Schweizerischen Vereinigung Industrie und Landwirtschaft**Ort: Hotel Olten, Olten****Datum: Donnerstag, 27. November 200, 13.30 bis 16.45 Uhr.*****Ist der Agrarfreihandel eine Notwendigkeit?***

Die Finanzmärkte und das Bankwesen wurden seit den 80er Jahren dereguliert und globalisiert. Jetzt versuchen Notenbanken und Staaten mit Subventionen an den Finanzsektor in der Höhe von hunderten von Milliarden und mit Einlagensicherungsversprechen, den Systemzusammenbruch zu verhindern.

Weltweit wird die Landwirtschaft seit den 90er Jahren dereguliert und globalisiert. In der Schweiz erfolgte dies unter dem Druck von Agrarreformen und Agrarfreihandel. Die Versorgungssicherheit auf eigener Ressourcenbasis wird mit dem Versprechen auf billigere Nahrungsmittel abgetauscht und in den deregulierten globalen Markt ausgelagert.

Ohne Grossbanken und Hedge-Fonds können wir überleben, ohne die Sicherheit der eigenen Versorgung mit Nahrungsmitteln nicht. Es ist höchste Zeit, darüber eine offene Debatte zu führen.

.....
Siehe auch die

1996, SVIL Tagung vom 1. und 2. Februar 1996 an der ETH, Zürich, **Tagungstitel „Verliert die Schweiz den Boden unter den Füßen?“** >> www.svil.ch/SVILTagung19961.html

2002, SVIL Symposien an der **Expoagricole** in Murten vom 27. Mai 2002, 6. August 2002 und 11. Okt. 2002, Thema: **Gesunde Lebensmittel oder Industrialisierung der Ernährung? — Für eine Allianz Produzenten – Konsumenten — Wege zu einer nachhaltigen Ernährung in einer ganzheitlichen Wirtschaft** >> www.svil.ch/SVILTagung20021Ref6.html

2004, 200 Jahre Linthwerk, **Ressource Boden: 8 Thesen zur Frage, Kulturland oder Renaturierungsfläche? Vom Ödland zum Kulturland und zurück zur "Natur"?** >> www.svil.ch/SVILTagung20041.html

2005 Boden, Landwirtschaft und Ernährung unter zunehmendem Druck des Geldes >> www.svil.ch/SVILTagung20051.html

2006 Was geschieht mit unserer Landwirtschaft? **Industrie und Landwirtschaft, Wie die Gesellschaft seit Beginn der Industrialisierung mit ihrer Landwirtschaft umgeht?** >> www.svil.ch/SVILTagung20061.html

2007 **Kartellrecht und Ernährungspolitik, Die Stellung von Bauern und Konsumenten zwischen Kartellrecht und Wachstumswirtschaft** >> www.svil.ch/SVILTagung07.html
.....

Inputpapier zur Tagung

Wir stehen in einer umfassenden Krise, deren Tragweite wir zur Zeit nicht abschätzen können. Vor allem können wir nicht sagen, wie sich diese Krise, ausgehend von den USA, auf die Produktion von Nahrungsmitteln weltweit auswirken wird. Wir wissen nur, dass wir nur drei Tage ohne Nahrungsmittel aus-

kommen. Aus den Erfahrungen des Zusammenbruches des Freihandels am Ende des Ersten Weltkrieges und der damaligen Hungerkrise, die zu Generalstreik und zu Unruhen in der Schweiz geführt haben, wissen wir, dass die hohe Kaufkraft der Schweiz, welche damals vollständig auf den internationalen Freihandel ausgerichtet war, nichts genützt hat. Aus dieser Erfahrung über die Brüchigkeit des Freihandels im Nahrungsmittelbereich wurde die SVIL gegründet. Es waren vor allem Kreise aus der Exportindustrie, die sich öffentlich zur Förderung einer eigenen Landwirtschaft bekannt haben, aus der Einsicht, dass uns das nicht ein zweites Mal passieren dürfe.

Die Industrie und vor allem die Exportwirtschaft hatte damals nach dem Ersten Weltkrieg eingesehen, dass eine eigene Landwirtschaft in Anbetracht der erlebten Verletzlichkeit der Ernährung gegenüber dem Freihandel eine Lebensversicherung für Volk und Wirtschaft darstellt.

Der 20 Jahre später umgesetzte Plan Wahlen ist aus einer Antwort auf die politische Isolation der Schweiz im Zweiten Weltkrieg heraus entstanden. Eine solche Isolation ist heute unmittelbar nicht mehr gegeben. Das ändert aber nichts daran, dass unter dem Einfluss der heutigen Geldkrise die Lebensmittelversorgung unsicher geworden ist und deshalb das Szenarium der gestörten Lebensmittelzufuhr trotz hoher Kaufkraft, wie es sich am Ende des Ersten Weltkrieges - als die Schweiz nicht eingeschlossen war - abgespielt hat, wieder aktuell ist.

Daraus müssen wir das Verhältnis zu unserer Landwirtschaft neu bestimmen. Ist eine eigene Landwirtschaft eine Lebensversicherung unserer Gemeinschaft oder ist eine eigene Landwirtschaft eine Achillesferse?

Die Geldkrise zeigt uns, dass private Vermögensbildung und reale wirtschaftliche Entwicklung nicht übereinstimmen. Die Kapitalvermögen sollen mit immer höheren Gewinnraten wachsen. Unter diesem in den 80er Jahren aufziehenden Druck wurde dereguliert, was nicht niet- und nagelfest war. Es wurden Produktionsstrukturen, die zur nachhaltigen Versorgung im Konsumgüterbereich sehr geeignet gewesen wären, aufgehoben, um dadurch erklärermassen 'mehr Wachstum' zu erreichen. Das war das Ziel der Reform. Die Landwirtschaft, welche genau aus diesem Grund nie Gegenstand des GATT war, musste nun auf einmal in der Uruguay Runde hier hineingezwängt werden. Denn es war von Anfang an klar, dass die Konkurrenz mittels billiger Energie und tiefen Löhnen aus wirtschaftlich wenig entwickelten Ländern die sensiblen Versorgungsstrukturen in hochentwickelten Ländern - obwohl diese effizienter sind - zerstört. Die Rechtfertigung für diese Entwicklung bestand im erhöhten Wachstum, das so generiert werden könne.

Heute sehen wir nun, dass dieses Wachstum nur den Geldvermögen gedient hat, denen immer mehr ein gesteigerter Ressourcenverzehr gegenüberstand. Doch dieser entpuppt sich als sehr unstabil, wenn die Wachstumsbewegung auf der Geldseite ins Stocken kommt. Daraus resultiert nun heute die Gefahr einer gigantischen Unterversorgung.

Es zeigt sich jetzt, dass die Deregulierung, welche Wachstum mit einem erhöhten Ressourcenverbrauch zu erkaufen versucht hat, als „gefährliches Spiel“ bezeichnet werden muss. Sie hat nämlich jene Eigenschaften der Volkswirtschaft beschädigt, die durch Rationalisierung und Organisation mit einem Bruchteil an Ressourcen die gleichen Konsumbedürfnisse befriedigt. Im ersten Fall ist bei einbrechendem Ressourcenfluss das Fest bald einmal aus. Im letzteren Fall sehen wir deutlich, dass Rationalisierung und Organisation die Volkswirtschaft sicher und unabhängiger machen. Aber unter solchen Umständen ist ein exorbitantes Geldkapitalwachstum, wie wir das seit dieser neuen Art von „Liberalisierung“ erlebt haben, eben nicht möglich. Das ist auch die altbekannte Auseinandersetzung zwischen der 'Wallstreet' und den Industrien in den USA.

Um es nochmals deutlich zu sagen: eine rationelle, Ressourcen sparende Versorgungsstruktur schont Umwelt und deckt die Bedürfnisse, aber sie interessiert den Investor nicht, weil sie nach innen rationalisiert und sich qualitativ zu Gunsten der Kaufkraft und der Versorgungssicherheit entfaltet, anstatt sofort wachsendes Geldvermögen für private Investoren abzuwerfen.

Also sucht der rein am Geldkapitalwachstum interessierte Investor, wirtschaftliche Organisation zu zerstören und sie durch gesteigerten Ressourcenfluss zu ersetzen. Damit sind die Bedingungen einer gesteigerten Geldschöpfung und damit auch die Bedingungen steigender Gewinne geschaffen. Das ist der Unsinn unserer Tage!

Es macht deshalb nun wirklich keinen Sinn, das Problem den Pensionskassen und den amerikanischen Bauhandwerkern, „die ja die Häuser gebaut und prächtig daran verdient haben“, zuzuschreiben.

Das „Boulevard“ empfiehlt, die Kaufkraft müsse wieder über Löhne an die Konsumenten verteilt werden. Das ist schon recht. Nur gerade das hat unter dem Wachstumsdruck des Kapitals der 'Heuschrecken' nicht stattgefunden und findet immer weniger statt: je mehr '700 Mrd. \$ Pakete' nachgeschoben werden, desto weniger. Es bleibt beim Widerspruch zwischen zügellosem Gelderwerb kontra bedürfnisorientiertes Wirtschaften. In den mittelständischen Wirtschaftsstrukturen, die laufend geschleift werden, steckt mehr Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit als bei den 'Heuschrecken', die nun masslos subventioniert werden wie niemand sonst und die sogar unter „Naturschutz“ zu stehen scheinen.

Aber um die Versorgungssicherheit geht es bald ausschliesslich!

Das ist der Grund, warum wir uns mit der Landwirtschaft eben auch mit den nachgelagerten Strukturen der Lebensmittelversorgung befassen.

Denn, wie gesagt, die Lebensmittelversorgung kann nur 3 Tage unterbrochen bleiben. Die seit 1989 geförderten „Öffnungen“ haben vor allem bewirkt,

- dass die Endlichkeit des Erdölkonsums in diesen Grössenordnungen verdrängt wurde;
- dass die bisherigen rationellen Versorgungsstrukturen dereguliert und folglich nicht mehr vorhanden oder bereits stark geschädigt sind;
- dass ein ernsthaftes Krisenmanagement immer noch abgewehrt wird, etwa mit der Argumentation, die Schweiz sei sowieso von einem gewaltigen Energieimport abhängig - also eine eigene Reorganisation im Inneren sowieso nicht gewagt werden könne;
- dass letztlich der politische Wille, uns selbst zu organisieren, geschwächt wurde.

Es wird noch nicht gesehen, dass wir zur Sicherung der Ernährung und der Versorgungsabläufe eben gerade jetzt ein eigenes Dispositiv brauchen, das uns erlaubt, unsere eigene wirtschaftliche Kreativität zu entwickeln und das uns geistig wieder unabhängig macht von falscher Ergebnisheit in die 'Globalisierung', die 'sowieso komme'.

Die Strategien, mit denen man seit 1989 die Lagerhäuser aufgelöst und durch Energie fressende „Just-in-time“-Strukturen ersetzt hat, müssen jetzt korrigiert werden. Also muss man auf die gewerblich-industriellen Organisationsstrukturen zurückgreifen. Von da führt dann der Weg durchaus zur internationalen Wirtschaftskooperation, die diesen Namen auch verdient, - weil Handel in Freiheit auf dem gegenseitigen Vorteil beruht - und dadurch die Handelsbilanzen nicht mehr wegen der Gier nach hemmungslosem Geldwachstum und einseitiger Vorherrschaft derart aus den Fugen geraten.

Einige Überlegungen zur besonderen Stellung der Landwirtschaft in der Wirtschaft:

„Achillesferse Landwirtschaft“?

Nach der Verabschiedung der AP 2011 strebt nun der Bundesrat sogleich den Agrarfreihandel mit der EU an. Ebenso geht die Diskussion um den Weltfreihandel auch nach dem Scheitern der letzten WTO-Runde vom vergangenen Sommer weiter. Die einzelnen Gruppen unserer Volkswirtschaft sind von diesen Entwicklungen stark unterschiedlich betroffen und sie argumentieren dafür oder dagegen - je nach der Betroffenheit des eigenen geschäftlichen Standpunktes. Die Landwirtschaft mit nur einem Prozent Anteil am Bruttoinlandprodukt (BIP) sei „die Achillesferse“ von Industrie und Dienstleistung, wird argumentiert. Sie verhindere Wachstum und richte durch den Grenzschutz einen Schaden an, der grösser sei, als was die Landwirtschaft selbst gesamthaft produziere. Jeder weiss, sogar im rückständigen Polen liegt der Anteil der Landwirtschaft höher, nämlich bei 4,1 Prozent des BIP. Also was bedeuten diese Prozente?

Nun ist es aber so: Je rückständiger Industrie und Dienstleistung sind, desto höher der Anteil der Landwirtschaft am BIP - und umgekehrt, je entwickelter eine Volkswirtschaft ist, desto geringer der Anteil der Landwirtschaft. Ein tiefer Anteil der Landwirtschaft am BIP sagt nichts über die Effizienz der betreffenden Landwirtschaft, er sagt aber alles über die Effizienz von Industrie und Dienstleistung. Und diese ist in der Schweiz sehr hoch. Der Anteil der schweizerischen Landwirtschaft am BIP ist verschwindend und obendrein wird unsere Landwirtschaft durch Ausgleichszahlungen stark subventioniert. Aufgrund dieser unbestreitbaren Fakten wird ohne nähere Prüfung der Schluss gezogen, das Problem liege eben bei der geringen Effizienz der schweizerischen Landwirtschaft.

Wir fragen, stimmt das?

Selbst wenn unsere Landwirtschaft mit einem Viertel der heutigen Betriebe die gleiche Leistung erbrächte und auch Industrie und Dienstleistung sich im gewohnten Umfang weiterentwickeln würden, dann würde sich bei bestmöglichen Annahmen der Anteil der Landwirtschaft am BIP mit und ohne Grenzschutz noch weiter reduzieren. Der Grund, warum die Landwirtschaft derart winzig erscheint, ist nicht eine Folge von Ineffizienz, Subventionen und Grenzschutz etc., sondern ist auf eine besondere Eigenschaft der Landwirtschaft zurückzuführen. Je stärker die Volkswirtschaft sich entwickelt, umso geringer muss der Anteil der Landwirtschaft werden. Dies ist so, weil die Landwirtschaft wesentlich mit den Naturprozessen arbeitet. Und diese können nicht beliebig beschleunigt werden. Deshalb entwickelt sich die Landwirtschaft nur konstant oder stetig, während Industrie und Dienstleistung mit ganz anderen Raten wachsen können. Eine hoch entwickelte Dienstleistung und Industrie bewirkt deshalb einen stark sinkenden Anteil der eigenen Landwirtschaft am BIP. Will deshalb ein hoch entwickeltes Land eine eigene regionale Versorgung z.B. mit frischer Milch beibehalten, muss die eigene Landwirtschaft vor der Preiskonkurrenz des Importes geschützt werden.

Hat jemand einen besseren Vorschlag?

Doch diese Logik vermag nicht alle zu überzeugen. Viele denken nämlich, dass unsere Landwirtschaft deshalb viel teurer sei als in anderen Staaten, weil die geringere Effizienz unserer Landwirtschaft gegenüber der Landwirtschaft anderer Länder die Ursache sei.

Hier muss geklärt werden: Wie steht es um die Effizienz der eigenen Landwirtschaft? Die polnische Milch kostet einen Drittel der schweizerischen Milch.

Löhne und Pachtzinsen machen in Polen einen Zehntel der schweizerischen Lohn- und Pachtzinskosten aus. Folglich sind die Schweizer Bauern effizienter, obwohl ihre Milch im Quervergleich zum Ausland teurer ist. Also ist der vermutete Spielraum nicht so gross wie gemeinhin vermutet und in den Medien immer wiederholt wird.

Also gibt es doch keine Alternative zur Preisstützung?

Wenn man frische Milch aus dem eignen Lebensraum will, dann sind Schutzmassnahmen unumgänglich. Verzichtet man auf diesen Schutz, wird billigere Milch importiert. Diese ist jedoch in der Qualität schlechter - weil weniger frisch. Zudem muss die Milch mit industriellen Verarbeitungsmethoden haltbarer gemacht werden, was die Qualität der Milch nochmals herabsetzt.

Hier kann man sich fragen, ob dem Konsumenten gedient ist, wenn der wirtschaftliche Erfolg in Industrie und Dienstleistung sich dann so auswirkt, dass er die bisher - bei rückständiger Industrie - allgemein geltende Qualität einer hochstehenden frischen Lebensmittelversorgung aus seiner Lebensumgebung preisgeben muss?

Zurück zum „einen Prozent“ unserer Landwirtschaft! Dieses eine Prozent am BIP ist allein gegenüber dem möglichen Exportwachstum derart unbedeutend, dass kaum verstanden wird, warum wegen diesem einen Prozent der landwirtschaftlichen Wertschöpfung gemessen am BIP auf mehrere Wachstumsprozente verzichtet werden soll, die überdies als Wachstumsprozente geometrisch zunehmen, wobei das „eine Prozent“ der Landwirtschaft im Laufe der Zeit konstant bleibt. Wenn uns die Handelspartner im Bereich Industrie und Dienstleistung mit Zöllen strafen, nur weil wir das „einen Prozent“ Landwirtschaft nicht opfern wollen, wirft das eine Reihe von Fragen auf, welche die Handelsbeauftragten nicht überzeugend beantworten:

1. Ökonomisch rückständigere Länder können ja mit ihrem Agrarexport gar nicht soviel verdienen, um mit dem Exporterlös jene gewerblich industriellen Produkte zu kaufen, die sie im eigenen Land mit den in den Exportplantagen beschäftigten Arbeitskräften nicht produzieren konnten.

2. Warum unterscheidet man in der WTO nicht zwischen der einheimischen, angestammten, die eigene Bevölkerung selbstversorgenden Landwirtschaft und der mit Kapital aus den Industrieländern für den Export produzierenden Plantagenwirtschaft?

3. Warum ist es nicht erlaubt, wenn einzelne Länder ihre eigene Landwirtschaft mit höheren als Weltmarktpreisen unterstützen und dadurch z.B. Ferntransporte verhindern? Warum ist die Verteuerung von Rohstoffen mittels Abgaben zwecks sparsamem Konsum dann aber auf einmal nachhaltig?

Warum ist nur erlaubt, Gelder aus dem Finanzbereich mit Gewinnerwartung im Bereich 'Umweltschutz' zu investieren? Und warum ist Importschutz als vergleichbare Investition in höhere Preise verboten?

Hier stossen wir doch wiederum auf das Grundproblem, dass die Landwirtschaft nicht wachsen kann wie Industrie und Dienstleistung. Also ist der korrekte Schluss aus der Geschichte, dass der Prozentvergleich lediglich den festgestellten Unterschied bestätigt. In dem einen Prozent an der Bruttoinlandwertschöpfung steckt Substanz! Dieses eine Prozent garantiert uns Versorgungssicherheit, Lebensmittelqualität, Gesundheit und binnenwirtschaftliche Stabilität als grundlegende Produktionsvoraussetzung der Industrie- und Dienstleistungswirtschaft. Dies hat den Werkplatz und Dienstleistungsstandort Schweiz gerade wegen seiner kleinräumlichen Strukturierung so effizient und stabil gemacht. So betrachtet steckt eben mehr dahinter als nur „ein Prozent“. Würden

wir auch in unserer Zeit wirklich industriell denken und nicht nur in den Kategorien des Kapitalwachstums aus Sicht des Investors - würden wir nämlich entscheiden, dass wir dieses „eine Prozent“ zu den Standortvoraussetzungen und Standortkosten des Produktionsstandortes von Industrie und Dienstleistung zählen müssen. Z.B haben wir unsere deutlich höheren Kosten im Immobilienbereich gegenüber den Tieflohnländern mittels Rationalisierungen in Industrie und Dienstleistung parieren können. Warum können wir das „eine Prozent“, welches die Landwirtschaft“ ausmacht, nicht spielend mit einem kleinen Rationalisierungsschub in Industrie und Dienstleistung bewältigen?

Landwirtschaft zwischen Natur und Markt

Wir haben oben bereits erwähnt, dass die Landwirtschaft an der Natur produziert. Zudem ist ihr Produkt dazu bestimmt, von den Menschen, die Teil der Natur sind, gegessen zu werden. Im Bereich der Konsumgüterindustrie ist ein Wachstum möglich, da wir uns mit immer mehr Konsumgütern umgeben können (bis wir an Umweltgrenzen gelangen.) Bei der Ernährung gibt es kein Wachstum. Mehr, als uns stets gesund zu ernähren, vermögen wir nicht.

Aktuell erleben wir einen Aspekt dieses Problems bei der Geldkrise. Die reale Wirtschaft wächst nicht so schnell wie die Schuldenwirtschaft und das Wachstum der Geldvermögen. Da stellt sich gegenwärtig die Frage, können wir es uns leisten, wesentliche Tatsachen und Voraussetzungen eines harmonischen Wirtschaftens weiterhin zu übersehen?

Warum sind die Motive und Argumente, welche es den einzelnen Ländern überlassen haben, ob sie ihre Landwirtschaft in die Handelsverhandlungen einbeziehen wollen, heute bzw. seit der Uruguay Runde nicht mehr gültig? Ist die Uruguay Runde mit der Deregulierung nicht zu weit gegangen?

Wir müssen uns diesen Fragen stellen.

Handelsverhandlungen - als Teil des globalen Wettbewerbs

Denn, weil diese Fragen übersehen oder unterschätzt werden, könnte es auch sein, dass das, was wir offenbar nicht mehr selber zu erkennen in der Lage sind, andere mächtige Handelspartner aber sehr wohl erkennen. Warum sonst hat das „eine Prozent“, das viele von uns gering schätzen, für sie in den Handelsverhandlungen diesen hohen Stellenwert. Warum ist die Landwirtschaft der Schweiz mit einem Selbstversorgungsgrad von 55 Prozent in der WTO ein Thema? Denn hinter dem „einen Prozent“, wenn es zu Fall gebracht werden kann, steckt ein „Leverage“ [Hebelarm] - wie man an der Wallstreet sagt - von mehreren Prozenten. Dann kommt nämlich zum Vorschein, dass der tiefe Importpreis des internationalen Agrarhandels sich nur solange an noch tieferen Preisen in rückständigen Niedriglohnländern orientiert, bis die Landwirtschaft in den arbeitsamen Industrieexportländern „geknackt“ ist. Dann zeigt sich erst, wer Handel und Preise bestimmt. Dann wird der Weg für die Spekulation, die wir heute in Ansätzen bereits erkennen können, erst recht frei. Dann nämlich wird Zugriff auf die wehrlos daliegende Kaufkraft genommen, dann werden damit die Löcher gestopft, die in unseren Tagen in Übersee immer grösser werden, dann steigen die Preise an und die Kaufkraft wird abgeschöpft. Die Transaktionskosten in Ernährung und Gesundheit nehmen dann zu und die landwirtschaftliche Produktion der hoch entwickelten Exportländer wird abgelöst durch geringere landwirtschaftliche Qualität der Tieflohnländer, Qualitätsverluste im Bereich der Reinheit, der Gesundheit, der Frische der Lebensmittel, des Transportes, etc.. Auch muss daran gedacht werden, dass in Zukunft wegen der zu erwartenden Teuerung die Qualität der Lebensmittelversorgung weiter unter Druck gerät.

Weniger Rohstoffproduktion - dafür mehr Wertschöpfung in der Verarbeitung als Ausweg?

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob Lebensmittel nicht per se wegen ihrer organischen Besonderheit an regionale Lebensräume gebunden bleiben und folglich – wie im GATT vor der Uruguay Runde – gar nicht gleichen Handelsstrukturen angehören können wie Industrie und Dienstleistung? Die heutige Wachstumsökonomie mit einer dominanten Bedeutung der nicht erneuerbaren Rohstoffe überspielt dieses Problem der Abhängigkeit von der biotischen Lebensgrundlage. Wir haben das in der SVIL-Schrift Nr. 135, 1999, geklärt.

Das Gesagte gilt nun aber auch für die erste Verarbeitungsstufe der landwirtschaftlichen Rohstoffe. Die zweite grundlegende Fehlüberlegung der Agrarfreihandelsbefürworter liegt nämlich darin, dass sie sagen, man könne den Verlust an einheimischer Rohstoffproduktion in Feld und Stall, der sich durch den Abbau des Grenzschutzes ergibt, durch die qualitativ hochstehende Veredlung im Verarbeitungsbereich wettmachen. Zwar schwinde die produktive bäuerliche Basis mengenmässig, jedoch öffne sich für die Verarbeitung im oberen Preissegment in einem grösseren Auslandmarkt eine bessere Absatzchance, sodass die an der Basis zwar geschrumpfte Wertschöpfung im Veredlungsbereich in einem grösseren Absatzmarkt im Umkreis von 200 km um die Schweiz herum umso besser überleben könne.

Diese Überlegung ist nicht nur für die Landwirtschaft unzutreffend, sondern zugleich auch für die erste Verarbeitungsstufe. Denn was in der Veredlung in der zweiten Stufe erst noch gewonnen werden muss, geht auf der ersten Stufe ersatzlos verloren. Und für die zweite Verarbeitungsstufe bleibt die Veredlung mit fremden Rohstoffen ein Verlust, wenn es auf die Frische ankommt. Denn Frische einerseits und Extensivierung des Absatzes in die Fläche mit entsprechend wenig angepassten Verteilstrukturen andererseits widersprechen sich. Somit steht eine ganze Struktur der regionalen Logistik, Lagerung und Verarbeitung im nachgelagerten Bereich der ersten Verarbeitungsstufe auf dem Spiel.

In der zweiten Verarbeitungsstufe haben weiterhin die klassischen Markenexportprodukte, die längere Zeit lagerfähig sind und weite Transportwege zurücklegen können, eine Chance. Doch deswegen den eigenen Acker-, Gemüse-, Obstbau etc. und die Verarbeitung auf der ersten Stufe und die regionalen Verteilstrukturen derart zu reduzieren, ist keine echte Alternative.

Zudem: wenn die Landwirtschaft nur noch „ein Prozent“ am BIP ausmacht, so ist es doch am effizientesten, wenn dieses „eine Prozent“ die Kaufkraft der in nächster Nähe liegenden 99 Prozent zu nutzen versucht. Eine weitgehende Liberalisierung im Lebensmittelbereich legt dieses heimische Potential brach bzw. überlässt es dem Import, um dann mit einem viel höheren Werbeaufwand im Export die zu Hause achtlos verlorenen Konsumenten in fremden Verteilstrukturen neu zu gewinnen.

Deshalb fragen wir: Ist der Agrarfreihandel eine Notwendigkeit oder „das kleinere Übel“, wie auch gesagt wird?

Wir versuchen das an unserer Tagung im November zu klären.

Wie werden die nachgelagerten Branchen durch den Agrarfreihandel tangiert? Die Situation der Unternehmungen der ersten und teilw. zweiten Verarbeitungsstufe zeigt uns wesentliche volkswirtschaftliche Zusammenhänge auf.

Die vielfach geäusserte Meinung, „die Öffnung komme so oder so“, man müsse halt mitmachen, verinnerlicht das herrschende Wachstumsparadigma: **immer weitergehende Grenzöffnungen als der eigentliche Wachstumstreiber.**

Dabei sollten wir doch heute - wegen der Endlichkeit auch der Ressourcen - Produktions- und Verteilstrukturen ins Auge fassen, welche die Bedürfnisse der Menschen auf immer nachhaltigere Weise befriedigen können.

Die angestammten Strukturen unserer Ernährung - in diesen neuen Zusammenhang gestellt - können in Zukunft auch eine neue Bedeutung und Funktion übernehmen. Eine Wirtschaftsordnung, in welcher das von den Geldinstituten masslos vorangetriebene, reine Geldkapitalwachstum alles beherrscht, muss aus aktuellem Anlass irgendwann reformiert werden. Wir wagen deshalb zu behaupten, dass unsere nach dem ersten Freihandelschock von 1918 aufgebauten Produktions- und Verteilstrukturen ziemlich nahe am nachhaltigen Optimum liegen. Wenn sie Schwächen zeigten, dann wegen dem Wachstumsdruck. Sie gleichsam in letzter Minute vor drohendem Zusammenbruch der globalen Versorgung zu schleifen, verstösst sowohl gegen das Postulat der Nachhaltigkeit wie auch gegen jede Vorsicht in unsicherer Zeit.

Zürich-Oerlikon, 30. September 2008

Schweizerische Vereinigung
Industrie und Landwirtschaft
SVIL

HB